

Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport

Sitzungsvorlage für den BSKS am 19.09.17, TOP 11 „Inklusion“

Sachverhalt:

Auf den Veranstaltungen am 17.06.15 sowie der gemeinsamen Veranstaltung des DRK und der AWO Laboe am 16.02.16 hat sich in Laboe ein AK Inklusion gebildet, der aus Bürger*innen Laboes bestand, darunter auch Gemeindevertreter und bürgerliche Mitglieder. Herr Prof. Hase aus Kiel hat auf der ersten Veranstaltung wichtige Impulse gesetzt, der AK sah im Folgenden Handlungsbedarf für Laboe. Diesen griff die LWG-Fraktion mit einem Antrag für die GV am 1.6.16 auf und beantragte „eine Funktion „kommunale Beauftragte /-r für Menschen mit Behinderung“ zu schaffen. Es wurde auf dieser Sitzung laut Protokoll das Folgende beschlossen:

TO-Punkt 14 der GV v. 1.6.16 Antrag der LWG-Fraktion zum Thema Inklusion

Die Gemeindevertretung fasst folgenden Beschluss:

Die Beratung über die Schaffung einer Funktionsstelle „Inklusionsbeauftragte/-r der Gemeinde Laboe“ wird an den BSKS verwiesen.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 16	Nein-Stimmen: 5	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Auf der Sitzung des BSKS (am 5.7.2016) wurde dann nach eingehender Beratung folgende Empfehlung ausgesprochen:

TOP 12 - Inklusion

Der Vorsitzende verliest die Sitzungsvorlage. Die Vorlage soll zur Sensibilisierung und Vorabinformation an alle bürgerlichen Mitglieder der Ausschüsse versendet werden. Eine inhaltliche Diskussion in diesem Ausschuss ist bei dieser Themengröße nicht möglich. In der gebildeten Arbeitsgruppe sind bereits Mitglieder aus dem BSKS vertreten. Der Vorsitzende soll überdies Kontakte zur bereits bestehenden Arbeitsgruppe aufnehmen, um die Möglichkeiten einer gemeinsamen inhaltlichen Aufbereitung, nach Möglichkeit auch mit weiteren BSKS-Mitgliedern, auszuloten.

Der AK hat dann zwischenzeitlich mehrfach getagt und aus seiner bisherigen Sitzungsarbeit folgende Erkenntnis gezogen:

1. Es muss deutlich mehr Aufklärungsarbeit geleistet werden, um Verständnis für die Problematik, die sich hinter dem Begriff Inklusion (*„Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden“*) verbirgt, zu wecken (s. dazu auch die mit dem Protokoll v. 5.7.16 verschickte Sitzungsvorlage zum TOP 12). Laboe Aktuell erscheint dem AK als eine Möglichkeit gezielt zu informieren.
2. Das Anliegen, den Handlungsbedarf von Inklusion in seiner Vielfalt (Ethnologische Gerechtigkeit, Barrierefreiheit, Bildung, Freizeit, Geschlechtergerechtigkeit herstellen und Sexismus ausschließen, Kunst und Kultur, Sport, Kommunikation/Medien) genauer zu beschreiben, wurde auf verschiedenen Wegen versucht. Nicht alle Teilbereiche, das liegt auf der Hand, sind mit den Mitteln der Kommunalpolitik lösbar. Andere Benachteiligungen, z. B. Behinderun-

gen auf Grund rassistischer oder sexueller Vorurteile, haben für den Bereich Laboe nach den Möglichkeiten, die unserer bisherigen Recherchearbeit zur Verfügung standen, keinen Handlungsbedarf ergeben. Weitere Möglichkeiten wird der AK bei seiner weiteren Arbeit überdenken.

3. Die Entscheidung eine "Funktionsstelle Inklusionsbeauftragte*r für Laboe" einzurichten, ist im AK noch nicht abschließend beraten worden. Dies wird erst möglich sein, wenn die im vorhergehenden Abschnitt angesprochenen Handlungsfelder im AK gewürdigt worden sind.
4. Die Arbeit hat in Teilbereichen bisher folgende Ergebnisse erbracht:
 - a. Der AK ist sich einig, dass bei Aufstockung der Kitaplätze in Laboe eine Orientierung hin zu einer Inklusionskita angestrebt werden soll. Der AK wird hierzu erforderliche Informationen einholen.
 - b. Eine erste Begehung Laboes durch Mitglieder des AKs hat nicht unerheblichen Handlungsbedarf dahingehend erbracht, dass barrierefreie Bürgersteige, barrierefreie Zugänge (Rathaus, Toiletten, Bushaltestellen, ???) oft nicht gewährleistet sind. Die folgende Power-Point-Präsentation soll mit einem ersten Einblick diesen Handlungsbedarf verdeutlichen.
 - c. → PPPräsentation
5. Eine weitere Begehung hat der AK für den ...geplant. Alle Mitglieder des Ausschusses sind herzlich eingeladen.

Der AK beantragt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss für Bildung, Soziales, Kultur und Sport empfiehlt der GV/dem BA das Folgende zu beschließen:

Die Bürgermeisterin wird beauftragt zu veranlassen, dass die vom AK Inklusion und im BSKS erstellte Liste "Handlungsbedarf barrierefreier Zugang" zügig abgearbeitet wird. Eine erste Rückmeldung über den Stand des Fortschreitens der Umsetzung sollte zur nächsten BSKS-Sitzung am 21.11.2017 erfolgen.